Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 574. Abendblatt. Sonnabend, den 7. Dezember. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 6. Dezember. Nach Aeußerungen der „Italie" hätte man sich darauf gefaßt zu machen, daß sich Italien mit Frankreich allein über die römische Frage zu verständigen suchen wird. Nach der „Italie" habe man sich auf die Alternative gefaßt zu machen, daß entweder das italienische Programm (das einerseits in der Beseitigung der weltlichen Macht des Papstes, andererseits in der vollständigen Unabhängigkeits-Stellung des Papstes als geistlichen Oberhauptes besteht) zur Geltung gelangt, oder daß die Besetzung des päpstlichen Gebiets durch die französischen Truppen fortdauert. Die „Italie" meint, daß Frankreich vor der letzten Lösung der Frage eine gewisse Scheu habe und daß schließlich die italienischen Forderungen, wenn schon vorerst noch eine Uebergangsperiode durchzumachen sein werde, schließlich zur Annahme gelangen werden. — Das von demokratischer Seite verbreitete Gerücht, daß die Berufung des Vicepräsidenten des Appellationsgerichts in Naumburg, Herr v. Brandenstein, zum Präsidenten des Stadtgerichts in Berlin zwar beabsichtigt worden, aber an höchster Stelle gescheitert sei, ist vollständig unbegründet. Die Ernennung des Herrn von Brandenstein zum Präsidenten des Berliner Stadtgerichts war, wie wir auch seiner Zeit mitgetheilt haben, allerdings beschlossen, sie ist indessen in Folge seiner eigenen Ablehnung nicht zur Ausführung gekommen, Herr v. Brandenstein hat jedenfalls in dieser Versetzung keine Verbesserung zu finden geglaubt, da der Präsident des Berliner Stadtgerichts nur den Rang eines Appellationsgerichts-Vicepräsidenten hat und das Amt desselben mit einer großen Geschäftslast verbunden ist. Da aber Herr v. Brandenstein zufällig auch konservativ ist, hat sich die demokratische Presse in ihrer Lügenmanier die Sache in obiger Weise zurecht gelegt. — Mit dem 1. Januar k. J. hört bekanntlich das Salzmonopol in Preußen auf. Damit ist indessen nicht gesagt, daß der Betrieb der Königl. Salzwerke in die Hände von Privaten, sei es durch Verkauf oder Verpachtung, übergeht; wenigstens ist bis jetzt eine dahingehende Bestimmung noch nicht getroffen; dagegen wird eine Regulirung der Salzpreise nothwendig werden, da sie durch die eintretende Konkurrenz mit dem Auslande geboten wird. Die betreffende Veröffentlichung steht in kurzer Zeit zu erwarten. — Mit Rücksicht auf das Gutachten einer im Sommer einberufenen Versammlung von Delegirten größerer Rennvereine, Pferdezüchter u. s. w. und mit Rücksicht auf Erweiterung des preußischen Staatsgebiets, wodurch mehrere wichtige Rennplätze, z. B. Frankfurt a. M., Harburg u. s. w. gewonnen worden sind, soll die Staatssubvention zu Rennprämien von 25,000 auf 50,000 Thlr. erhöht werden. — In Oesterreich geht man energisch mit Herstellung von Hinterladern vor. Die Umwandlung der alten Gewehre in Hinterlader wird die Summe von 30 Mill. Gulden in Anspruch nehmen.

Berlin, 6. Dezember. Se. Maj. der König nahm Freitag Vormittag, im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee, des Stadtkommandanten von Alvensleben, militärische Meldungen entgegen, empfing darauf den Adjutanten Sr. H. des Herzogs von Sachsen-Meinungen, Oberst v. Egloffstein, welcher in außerordentlicher Mission hier ein getroffen ist, und den General à la suite v. Werder, ließ sich sodann vom Polizeipräsidenten v. Wurmb, dem General-Intendanten v. Hülsen, dem Hausminister v. Schleinitz, Vorträge halten und ertheilte dem bisherigen Justizminister Graf zur Lippe zu seiner Verabschiedung eine Audienz. — Nach einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck fand im Königlichen Palais ein Diner statt. Unter den geladenen Gästen befanden sich JJ. KK. HH. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin, außerdem der englische Botschafter Lord Loftus nebst Gemahlin, der Botschafter Frankreichs Benedetti mit Gemahlin, der Oberstkämmerer Graf Redern, der Handelsminister Graf Itzenplitz, der Staatsminister a. D. v. Patow, der Oberceremonienmeister Graf Stillfried, der Unterstaatssekretär v. Thiele, der Graf Reventlow-Altenhof, Graf Rantzau-Oppendorf, Graf Brockdorff 2c. Abends erschienen die Majestäten in der Oper.

— Wegen der Zweckmäßigkeit einer vorbereitenden Gesandten-Konferenz der Großmächte sollen selbst in französischen Regierungskreisen die Ansichten getheilt sein. Das Ergebniß wäre jedenfalls zweifelhaft. England würde unter allen Umständen den Weg des gewöhnlichen diplomatischen Gedanken-Austausches vorziehen.

— Der Verein der „Berliner Presse" hat beschlossen, eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten, worin um Aufhebung der Zeitungssteuer gebeten wird. — Wie man hört, soll das Ministerium des Innern geneigt sein, die Zeitungssteuer unbedingt fallen zu lassen, da bei der gegenwärtigen günstigen Lage der Finanzen die Summe von einer halben Million, welche sie einträgt, nicht ins Gewicht falle, die Umwandlung in eine Inseratensteuer aber auf große Schwierigkeiten stößt. Es ist in der That richtig, daß eine Inseratensteuer auf viele kleine Blätter in der Provinz nicht weniger drückend lasten würde, als eine Zeitungssteuer.

— Der frühere Abg. Frentzel ist bekanntlich durch das Erkenntniß des Appellationsgerichts zu Gumbinnen zu einer Geldbuße von 100 Thlr. verurtheilt; gegen dasselbe hat weder der Abgeordnete Frentzel, noch der Staatsanwalt appellirt. Die in letzter Beziehung von den Zeitungen gebrachte Nachricht beruht daher auf einem Irrthum. Das Erkenntniß hat vielmehr bereits Ende vorigen Monats die Rechtskraft beschritten.

— Die Bohrarbeit bei Sperenberg, durch welche ein bedeutendes Steinsalzlager aufgeschlossen worden, ist fortgesetzt worden, und hat bis zum heutigen Tage bereits eine Mächtigkeit von 84 Fuß ergeben, ohne das Ende desselben nach der Tiefe zu erreichen. Die zu Tage gebrachten Salzproben sind von rein weißer Farbe und haben sich auch bei ihrer chemischen Untersuchung von einer großen Reinheit, namentlich gänzlich frei von Kali- und Magnesia-Salzen gezeigt. Zu Staßfurt liegen die Kalisalze, welche dem dortigen Salzwerke eine so außerordentliche Bedeutung gegeben haben, zwar über dem reinen Steinsalze, zu Schönebeck hat man sie dagegen unter einem mächtigen Lager von Steinsalz gefunden. Es ist daher die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, diese für die chemisch-technische Industrie und für die Landwirthschaft wichtigen Salzarten auch bei Sperenberg in größerer Tiefe noch zu treffen, worüber die daselbst rasch fortschreitende Bohrarbeit Aufschluß geben wird.

— Wie wir bereits mittheilten, hat die Königl. Staatsregierung die Frage des Nothstandes in den beiden Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen den eingehendsten Berathungen unterzogen und die Resultate dieser Berathung demnächst noch den hier anwesenden Abgeordneten und Herrenhaus-Mitgliedern aus der Provinz Preußen zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt. Die „Z. C." hört, daß die Beschlüsse der Regierung die unbedingte Anerkennung jener Vertrauensmänner gefunden haben. Die gefaßten Beschlüsse gehen dahin, den betroffenen Kreisen in ausreichender Weise Fonds zu Chaussee- und Wegebauten zur Disposition zu stellen; desgleichen Vorschüsse zu ausgedehnteren landwirthschaftlichen Meliorationen zu gewähren, desgleichen Seitens der Forstverwaltung in möglichst ausgedehnter Weise Arbeitsstellen zu eröffnen und außer der Herabsetzung der Frachtsätze auf den Eisenbahnen auch noch Getreide aus den Königl. Magazinen zur Verfügung zu stellen. Außerdem hat die Regierung auch noch den Beschluß gefaßt, mit Rücksicht auf den Nothstand des Schleunigsten mit dem Bau der beiden Eisenbahnlinien von Thorn nach Insterburg und von Schneidemühl nach Dirschau vorzugehen, auch darauf Bedacht zu nehmen, den kleinen bäuerlichen Wirthen in den heimgesuchten Distrikten, soweit sie pupillarische Sicherheit gewähren können, mit Vorschüssen zur Erhaltung ihrer Prästationsfähigkeit und Durchwinterung ihrer Wirthschaften zu Hülfe zu kommen. Zu dem letzteren Zwecke soll die Regierung namentlich die noch nicht vernichteten 1,200,000 Thaler Darlehnskassenscheine zu verwenden und hierzu, sowie zu dem Bau der erwähnten Eisenbahnen die Zustimmung des Landtages einzuholen gedenken. Die Anschlagssummen für die Thorn-Insterburger Bahn einschließlich der Weichselbrücke betragen rund 16 Millionen, für die Linie Schneidemühl-Dirschau 8 Millionen.

Berlin, 6. Dezember. (Haus der Abgeordneten.) 11. Sitzung. (Schluß.) Zur Einleitung der General-Diskussion erhält das Wort der Reg.-Komm. Geh. Rath Scheele: Trotz der Aufhebung des Salzmonopols seien die Ansätze in den Einnahmen eben so hoch geschätzt, wie in den Vorjahren, und es werde auch im Laufe dieses Jahres die Verwaltung noch ebenso weiter geführt werden wie früher, um möglichenfalls eintretendem Mangel an Salz in den entlegeneren Theilen der Monarchie vorzubeugen. Die großen Faktoreien würden nach und nach einzeln verkauft werden und die Magazine je nach dem Stande der Konkurrenz öffentlich versteigert werden. Für die einzelnen Verkaufsstellen sei ein fester Preis gestellt, der die Selbstkosten nicht übersteige; die Furcht, daß nach Aufhebung des Monopols die Salzpreise steigen würden, habe sich nicht erfüllt, im Gegentheil seien sie selbst in den entfernteren Theilen der Monarchie bis um ⅛ billiger geworden. Die für die Säcke ausgeworfene Summe sei die Folge von Verträgen, die auf mehrere Jahre abgeschlossen und erfüllt werden müssen; die übrigen Posten seien nicht erheblich genug um darüber zu sprechen. Von der Regierung sei Alles geschehen, um zum 1. Januar den freien Verkauf zu eröffnen. Abg. Dr. Hammacher richtet an den Regierungs-Kommissar die Frage, ob und wie die Staatsregierung die mit der Saline zu Halle abgeschlossenen Verträge zur Aufhebung gebracht habe, oder noch zu bringen gedenke. Die Einnahmeposten seien als Ordinarien angesetzt; das sei nicht richtig, denn diese Ansätze würden nicht regelmäßig wiederkehren. Eines bestimmten Antrages, daß sie als Extraordinarien angesetzt würden, enthalte er sich für jetzt. Eine gewisse Uebergangsperiode sei nöthig; sie müsse aber so viel als möglich abgekürzt werden. Er enthalte sich eines bestimmten Antrags, da es zur Regulirung dieses Theils unserer Staatswirthschaft der Sammlung genügender Erfahrungen bedürfe. — Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Die Aufnahme des Verkaufs von Salz in den ordentlichen Etat werde durch das Aufhören des Salzmonopols fortfallen. Die Gebäude würden theils von der Salinen-Verwaltung weiter benutzt, theils zu gleichen Zwecken vermiethet werden. Sollten einzelne zum Verkaufe kommen, so würden die Einnahmen daraus an die Staatskasse abgeführt werden.

Regierungs-Kommissar Geheimer Ober-Finanzrath v. Scheele: Die Anfragen des Herrn Abg. Dr. Hammacher finden ihre Beantwortung in den Erläuterungen zum Etat. Es sei irrthümlich, daß der Fiskus das Salz zum Selbstkostenpreise verkaufe; es geschehe dies nur zu den Selbstkosten der Salinenverwaltung. Hinsichtlich der Stellung der Regierung zu der Salinen-Verwaltung in Halle, so würde der Vertrag vom Jahre 1810 bis 1817 mit Aufhebung des Monopols ebenfalls aufgehoben. Nur, wenn der Salzhandel konzentrirt werde, könne die Konkurrenz mit den günstiger situirten Salinen ausgehalten werden. — Abg. Dr. Hammacher erklärt, daß er sich in Betreff der Miethe der Salzgebäude in einem Irrthum befunden habe. — Regierungs-Kommissar v. Scheele weist darauf hin, daß der Fiskus durch eine richtige und vortheilhafte Benutzung des Verkaufsrechtes die Rente aus den Gebäuden erhalten werde. — Abg. Dr. Löwe sieht nicht ein, warum auf die Salinen-Verwaltung in Halle mehr Rücksicht genommen werden solle. — Finanzminister v. d. Heydt erklärt, daß die Verhältnisse in Halle anders seien, als die in Westphalen. — Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Dr Hammacher erklärt der Abg. von Bockum-Dolffs, daß er darin keine besondere Billigkeit finde, wenn der Herr Finanzminister die Kündigung in Westphalen bereits am 9. August 1867 in Folge des Beschlusses des Reichstages habe eintreten lassen. — Finanzminister v. d. Heydt: Wenn sich die Salinen in Westphalen benachtheiligt glauben, so mögen sie einen Prozeß anstrengen. — Abg. v. Bockum-Dolffs: Es gehe das Gerücht, die Saline in Halle erfreue sich einer ganz besonderen Freundlichkeit Seitens der Regierung.

Hiermit ist die Spezial-Diskussion geschlossen. Es folgt die Berathung des Etats der Lotterie-Verwaltung, wozu folgende Anträge gestellt sind: 1. vom Abg. Jacobi (Liegnitz): das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Staatsregierung um Auskunft zu ersuchen, weshalb dieselbe beabsichtigt, die Verordnung vom 5. Juli d. J. (Gesetz-Sammlung Seite 1056), wonach die Landeslotterien in Hannover und Osnabrück, sowie die Lotterie in Frankfurt a. M., und zwar eine jede derselben nach Beendigung ihrer zweiten, im laufenden Jahre spielenden Klassen-Lotterie aufgehoben werden sollten — wie der vorliegende Etats-Entwurf zeigt — hinsichtlich der Lotterien in Hannover und Osnabrück nicht zur Ausführung zu bringen, ferner, welche Absichten hinsichtlich der Lotterie zu Frankfurt a. M. obwalten. 2. Von den Abgg. Dircks und Genossen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königliche Staats-Regierung aufzufordern, den Etat für die Lotterie in Frankfurt a. M. pro 1868 nachträglich vorzulegen, um die Einnahmen und Ausgaben dieser Verwaltung in den Staatshaushalts-Etat noch aufnehmen zu können. (Vor Beginn der Spezial-Diskussion bemerkt der Abg. Dircks zur Geschäftsordnung, daß er seinen Antrag zu Gunsten des Jacobi'schen zurückziehe.) 3. Von dem Abgeordn. Lauenstein auf Aufhebung sämmtlicher Klassen-Lotterien. 4. Von dem Abg. Dr. Becker (Dortmund) auf Aufhebung der Staats-Lotterie. Zur Einleitung in die allgemeine Debatte erhält das Wort der Geh. Ober-Finanzrath Freiherr v. Lentz: Es sei auf die Vorstellungen der Lotterie-Einnehmer in Hannover und Osnabrück, daß es ihnen nicht möglich werde, sich in kurzer Zeit einen anderen Erwerbszweig zu beschaffen, Rücksicht genommen, und es seien daher diese Lotterien in den Etat aufgenommen. In Betreff Frankfurts a. M. habe die Regierung die Ueberlassung der Lotterie auf fernere 5 Jahre für eine günstige Grundlage zur Vereinbarung über die Sonderung des Stadt- und Staatsvermögens gehalten. Redner erläutert unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses die einzelnen Positionen der Einnahmen und Ausgaben der Lotterie-Verwaltung.

Der Präsident theilt mit, daß die verschiedenen Anträge bei der Spezialdiskussion zur Abstimmung gelangen würden. — Abg. Dr. Becker (Dortmund) hält die Aufhebung der Lotterien für gerechtfertigt. Es könne nicht maßgebend sein, daß dadurch ein Ausfall in der Einnahme entstehe. Auf die neuen Landestheile sei die Beibehaltung keines Falls auszudehnen. Die angesetzten Positionen seien zu streichen. Er habe aus Billigkeits-Rücksichten für Frankfurt a. M. seinen Antrag gestellt, aber er verzichte gern auf die Annahme des seinigen, wenn sich das Haus für jenen entscheiden sollte. Abg. Becker zieht auf die Anfrage des Präsidenten seinen Antrag zu Gunsten des Lauensteinschen zurück. — Finanzminister v. d. Heydt: Es sind dringende Vorstellungen gegen die Aufhebung der Lotterie aus Hannover eingegangen, die berücksichtigt werden mußten. Auch der Provinzial-Landtag zu Hannover war ebenfalls dieser Ansicht. Die Staats-Regierung selbst war stets für Beseitigung der Lotterie. — Abg. Lauenstein: Sämmtliche Lotterien seien aufzuheben. Finanzielle Rücksichten seien nicht maßgebend. Der Standpunkt der öffentlichen Moral wiege schwerer als der finanzielle. Er empfehle daher die Annahme seines Antrages. — Finanzminister v. d. Heydt: Ueberschüsse seien weder für 1867 noch für 1868 zu erwarten: dies liege in dem Drucke, der auf dem Verkehr laste. Ich hege die Hoffnung, daß für dieses Jahr der Abschluß ohne ein nennenswerthes Defizit erfolgen kann, aber nicht die Hoffnung, daß sich ein Ueberschuß ergiebt. Auch im nächsten Jahre wird sich voraussichtlich ein Ueberschuß nicht ergeben. Die Regierung wird den Gegenstand im Auge behalten, aber den Antrag kann ich zur Annahme nicht empfehlen.

Abg. Ellissen: durch Humanitätsrücksichten gegen die Lotterie-Einnehmer müsse man sich nicht leiten lassen. Die Aufhebung der Lotterie in Hannover sei im Allgemeinen eine Wohlthat. — Abg. v. Bornstedt (größtentheils unverständlich) spricht gegen die Aufhebung der Lotterie. — Abg. Grumbrecht (für die Aufhebung) beklagt die Nichtausführung des Dekrets vom 5. Juli und empfiehlt die Annahme des Lauensteinschen Antrags. — Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. — Abg. Dr. Virchow: der Standpunkt liege so, daß die Lotterien, die aufgehoben seien, durch die Etatspositionen wieder eingeführt werden sollten. Das sei nicht gesetzlich und könne nicht zugegeben werden. Er nehme daher den Beckerschen Antrag wieder auf. Der Verlust für den Staat sei gering. Das Lotteriespiel sei in den untern Klassen des Volks eine chronische Leidenschaft. Wo viele Lotterien sind, sind keine Sparkassen und umgekehrt. — Abg. Frhr. v. Vincke (Minden) schließt sich den Anführungen des Vorredners in Betreff der Lotterien zu Hannover und Osnabrück vollkommen an. Durch das Budget kann nicht ein Institut wieder eingeführt werden, das gesetzlich aufgehoben worden sei. Anders verhalte es sich mit der Lotterie zu Frankfurt. Für diese sei die frühere aufhebende Verordnung durch eine spätere Allerhöchste Ordre wieder beseitigt. Im Allgemeinen sei er für Aufrechthaltung der Lotterien in Hannover und Osnabrück und schließe sich deshalb den darauf abzielenden Anträgen an. — Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Der Provinzial-Landtag von Hannover habe sich dahin ausgesprochen, im Interesse der Kollekteure noch einige Zeit die beiden hannöverschen Lotterien bestehen zu lassen. Deshalb seien sie im Etat aufgenommen, deshalb habe die Staats-Regierung keine Veränderungen im früheren Verhältniß eintreten lassen.

Abg. Miquel: Die Stadt Frankfurt durch die Lotterie zu entschädigen, sei bedenklich, zumal man noch nicht wisse, ob ihre Lage ein solches Opfer verlange. So viel er wisse, sei für sie mehr als genug geschehen. Der Rechtszustand in Hannover sei durch die Schuld des Hauses ein zweifelhafter gewesen, doch habe sehr wohl eine Verordnung die andere aufheben können, wenn auch in abweichender Form. Die Aufhebung der hannoverschen Lotterie würde nur den preußischen Loosen ein Agio zufügen; also sei es besser, sie überhaupt in der ganzen Monarchie aufzuheben, wofür der Antrag Lauenstein ein volles Jahr Zeit lasse. — Finanzminister v. d. Heydt: Die Vereinbarungen mit Frankfurt können nur mit Zustimmung des Landtags getroffen werden und sie wird eingeholt. Die Positionen der Lotterie in Berlin werden genehmigt. Vor der Abstimmung über die in Hannover und Osnabrück bemerkt Abg. Lasker, daß man nicht wegen 400 Familien das Unwesen der Lotterie fortbestehen lasse, so wenig man im Domänen-Etat auf die Vettern und Schwäger Rücksicht nahm, als es sich um die Verpachtung handelte. Die Positionen betreffend die Lotterien in Hannover und Osnabrück (Einnahme 75,992 resp. 62,400 Thlr.) werden gestrichen. Dafür u. A. Graf Bethusy, Ellissen, dagegen Twesten, v. Hennig und die meisten Hannoveraner. Mit den Einnahmen fallen auch die Ausgaben dieser Lotterie weg (31,288, resp. 28,502 Thlr.), nachdem Abg. Grumbrecht vergeblich die Bewilligung für Osnabrück erbeten hat. Von den oben mitgetheilten Anträgen kommt nur der des Abg. Lauenstein zur Abstimmung und wird mit großer Majorität angenommen.

Der Etat der Seehandlung weist für 1868 700,000 Rt. in der Einnahme nach (100,000 Rt. mehr als im vorigen Jahre), während die fast unverändert gebliebenen Verwaltungskosten von 55,695 Thlr. aus den Fonds des Instituts bestritten werden. — Regierungskommissar Geh. Rath Scheller leitet den Etat ein. — Abg. Schmidt (Stettin) wünscht, daß ein gedruckter ausführlicher Bericht der Geschäfte der Seehandlung vorgelegt werde, wie Seitens der Bankverwaltung. — Finanzminister: Diesem Verlangen stehe das für die Bankiergeschäfte der Seehandlung nothwendig zu bewahrende Geheimniß entgegen.

Es folgt der Etat der preußischen Bank mit einer Einnahme von 1,764,000 Rt. und einem Reinertrage von 260,000 Rt. — Der Etat der Landesbank zu Wiesbaden, deren Verwaltungs-Kosten (16,010 Rt.) aus dem Fonds der Landesbank bestritten werden, wird wie der der preußischen Bank genehmigt. — Der Etat der Münzverwaltung weist eine Einnahme von 265,560 Rt. auf (193,627 Rt. mehr), die Ausgaben sind ebenso groß, ein Ueberschuß ist nicht vorhanden. Es werden fortan drei Münzen arbeiten: in Berlin, Hannover und Frankfurt a. M. Die Berathung wird unterbrochen, da das Wort sich erbeten hat: Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich habe dem Hause zwei Gesetzentwürfe zu überreichen, die sich auf den Bau von zwei Eisenbahnen beziehen; es sind dies die zwei ersten aber nicht die letzten. (Heiterkeit.) — Die eine betrifft die Bahn von Gotha nach Leinenfelde. Für diese Bahn war früher schon eine Zinsgarantie vom Staate übernommen worden; es war dabei ein fester Cours von 90 Prozent vorausgesetzt worden, den die Gesellschaft aber nicht erreichen konnte. Da die Gesellschaft deshalb nicht bauen konnte, oder wollte, der Bau der Bahn im Interesse der betreffenden Landestheile aber sehr wünschenswerth ist, mußte auf andere Mittel gesonnen werden, um die Coursdifferenz zu decken. Die koburgsche Regierung hat sich nun bereit erklärt, die Summe von 230,000 Rt. zu übernehmen, und die Bitte an Preußen gerichtet, eine gleiche Summe zu übernehmen: für den Rest werden die betreffenden Städte aufkommen. Ich bitte nun um die Bewilligung des Hauses, diese

Summe aus den Mitteln, die vorhanden sind in dem Ueberreste des ehemaligen Eisenbahnfonds, zu entnehmen. Für diese höchst einfache Sache beantrage ich Schlußberathung. Die andere Vorlage betrifft den Bau einer Bahn von Trier nach Call. Auch für diese Bahn hat der Staat früher schon die Zinsgarantie auf Höhe einer bestimmten Summe übernommen; da sich die Kosten jedoch, in Folge einer höheren Grundentschädigung größer herausgestellt haben, will die Gesellschaft den Bau nicht eher in Angriff nehmen, als bis auch für dies Plus die Zinsgarantie übernommen wird. Da auch der Bau dieser Bahn sehr wichtig ist, bitte ich Sie, das Gesetz zu genehmigen und dasselbe zur Prüfung den vereinigten Kommissionen für Handel und für Finanzen zu überreichen.

Vice-Präsident v. Köller schlägt vor, auf den Vorschlag des Ministers einzugehen und das erste Gesetz zur Schlußberathung zu stellen.

Abg. Dr. Hammacher beantragt, auch dies Gesetz den vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen zu überweisen und wird durch die Abgg. v. Unruh und Krieger unterstützt. — Die Abgg. Heyse und Graf Wintzigerode bleiben bei dem Antrage auf Schlußberathung stehen, um so schnell als möglich fertig zu werden, während der Handelsminister auch gegen die Ueberweisung an die Kommission Nichts einzuwenden hat. — Die Majorität entscheidet sich für die Ueberweisung an die genannten Kommissionen für beide Gesetze. — Es wird in der Berathung des Münzetats fortgefahren und derselbe unverändert genehmigt, nachdem sich die Regierung auf den Wunsch des Abg. Duncker bereit erklärt hat, den Bauplan für das neue Münzgebäude zur Prüfung vorzulegen.

Es ist unterdeß 3½ Uhr geworden; im Hause wird es finster, der Ruf nach Vertagung wird laut. — Da übernimmt Präsident v. Forckenbeck schnell wieder den Vorsitz und bittet die Mitglieder, da doch in aller Interesse die baldige Beendigung der Etatsberathung liegen müsse, wenigstens bis 4 Uhr auszuharren; er spricht sich dafür aus, die Sitzungen nie über 4 Uhr auszudehnen. — Das Haus beruhigt sich dabei und fährt in der Berathung fort. — Die Journalistentribüne erhält jetzt Licht, ebenso die Stenographen des Hauses; der Saal bleibt finster und wird immer finsterer.

Der Etat der Staatsdruckerei wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat der Porzellan-Manufaktur. Das Ordinarium wird ohne Debatte bewilligt. Als Ausgabe-Extraordinarium sind 100,000 Rt. ausgesetzt als erste Rate für Verlegung der Porzellan-Manufaktur nach Charlottenburg. Der Abg. v. Hennig hat die Anträge gestellt: 1) diese 100,000 Rt. abzusetzen; 2) die Staatsregierung zu ersuchen, die baldige Aufhebung der Porzellan-Manufaktur zu veranlassen.

(Es werden nun auch die Kronleuchter im Saale angezündet, was jedoch stets sehr lange Zeit in Anspruch nimmt, so daß die Anzündung aller Flammen erst kurz vor Schluß der Sitzung beendet ist. Ein großer Theil der Abgeordneten verwendet meistentheils seine Hauptaufmerksamkeit auf das Beobachten dieser, für den betreffenden Diener sehr schwierigen und anstrengenden Operation. Mit Ausrufen der Freude wird es meist begrüßt, wenn ein Arm der Gaskrone nach langem Sträuben schließlich doch noch Feuer fängt.)

Abg. v. Hennig motivirt seine Anträge. — Der Regierungs-Kommissar tritt diesen Ausführungen entgegen und bittet um Ablehnung der Hennig'schen Anträge. — Der Schluß wird angenommen; es wird über den ersten Theil des Hennig'schen Antrags, Absetzung der 100,000 Rt., abgestimmt. Dafür die linke Seite des Hauses und ein Theil des Centrums, dagegen die rechte Seite und ein Theil des Centrums. Da das Resultat zweifelhaft ist, wird gezählt. Es ergiebt sich, daß der Antrag Hennig auf Streichung der 100,000 Rt. mit 162 gegen 141 Stimmen angenommen ist. Der zweite Theil des Antrages, betreffend die Aufhebung der Porzellanmanufaktur wird gleichfalls angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: 1) Rest der heutigen Tagesordnung (Fortsetzung der Budget-Berathung); 2) Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission in Betreff der Eidesweigerung der Abgeordneten Ahlmann und Krüger; 3) Kalenderstempelgesetz; 4) Wahlprüfungen.

Danzig, 5. Dezember. Zum Frühjahr soll die Panzerfregatte „Kronprinz" zunächst in Dienst gestellt und die Seetüchtigkeit derselben auf einer größeren Fahrt erprobt werden.

Geestemünde, 3. Dezember. Sr. Maj. Korvette „Augusta", welche in voriger Woche nach längerem Aufenthalte aus Wencke's Dock entlassen wurde, hat Befehl, bis zum 5. Dezember segelfertig zu sein, um nach Mexiko abzugehen.

Karlsruhe, 6. Dezember. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer gab der Justizminister die Erklärung ab, daß die Regierung womöglich noch im Laufe der gegenwärtigen Landtagssession einen Gesetzentwurf zur Einführung der obligatorischen Civilehe vorlegen werde.

Ausland.

Wien, 6. Dezember. Die wiederholte Angabe des Londoner Journals „Owl", daß Freiherr v. Beust den Beitritt Englands zu einem zwischen Frankreich und Oesterreich vereinbarten Abkommen, betreffend die Erhaltung der Integrität der Pforte, herbeizuführen gesucht habe, wird von offizieller Seite für durchaus unbegründet erklärt und gleichzeitig versichert, daß ein derartiges Abkommen sowie ein darauf bezügliches Protokoll überhaupt nicht existire.

Paris, 5. Dezember. Aus der Rede Rouhers im gesetzgebenden Körper ist noch Folgendes nachzutragen: Der Staatsminister konstatirte, daß Italien seit lange mündlich gewarnt wurde und davon unterrichtet war, daß Frankreich für den Fall, daß Garibaldi das päpstliche Gebiet betreten sollte, interveniren würde. Seit dem 10. September, fährt der Minister fort, war unser Entschluß gefaßt. Flotte und Armee waren bereit, der Gesandte Italiens war in Kenntniß gesetzt. Der Minister widerlegte das, was Thiers über den italienischen Krieg von 1859 gesagt hatte. Konnten wir, sagte er, die Unglücksfälle Oesterreichs 1859 voraussehen? Wir haben dieser Thatsache seitdem Rechnung getragen, indem wir Oesterreich halten, sich wieder zu erheben, und indem wir mit demselben eine aufrichtige Freundschaft schlossen, welche, wie ich hoffe, nicht ohne Einfluß auf den Weltfrieden bleiben wird. Die von Garibaldi ausgeführte und von Victor Emanuel acceptirte Eroberung Siciliens hat zu der lästigen Solidarität den Grund gelegt, wofür Viktor Emanuel heute — wenn ich es zu sagen wagen darf — in ausgedehnter Weise eine Züchtigung erhält. Diese Eroberung war ein tadelnswerthes Mittel, um das italienische Einigungswerk fortzusetzen. Rouher tadelt die Eroberung der Marken und Umbriens, stellt in Abrede, daß Napoleon dieselbe mündlich durch eine gewisse Art des „Gewährenlassens" autorisirt habe. Er erinnert daran, daß die französische Regierung Italien getadelt habe, weiter aber durfte sie nicht gehen.

Rouher rechtfertigt die September-Konvention und die Intervention. Wenn nach der Invasion Garibaldi's Frankreich gleichgültig geblieben wäre, würde es in der Meinung der Welt sehr tief gesunken sein. Unsere Intervention hat auch den Thron Victor Emanuels geschützt, durch die Rettung Roms vor der Invasion haben wir Italien vor der Anarchie geschützt. Auf die Genfer Vorfälle eingehend, sagte der Minister: Die üblen Miasmen haben von dort her den Pariser Boden gestreift. Es wurde ein elender Versuch zum Appell an die Waffen gemacht, welcher in Schande zusammengefallen ist. Alle Sektirer kennen sich untereinander. Die drei Endziele waren Rom, Florenz und Paris. Wir haben demnach ein echt konservatives Werk des Liberalismus gethan, welches für alle regelrechten Regierungen Europa's von Interesse ist. In Bezug auf die Konferenz erklärte Rouher: Wir haben allen Mächten mitgetheilt, daß wir kein Programm formuliren wollen, wir werden uns auf der Konferenz mit unserer Vergangenheit und unserer Gegenwart einfinden. Der Papst hat unsere Einladung ohne Vorbehalt angenommen. Was das aufgestellte Dilemma betrifft, daß der Papst Rom nothwendig habe und Italien desselben nicht entbehren könne, so erklären wir: daß Italien sich Roms nicht bemächtigen werde. (Langanhaltender Beifall.) Niemals wird Frankreich eine solche seiner Ehre und der ganzen katholischen Welt angethane Gewaltthat dulden. Es wird von Italien eine kräftige und energische Ausführung der September-Konvention verlangen: wenn nicht, wird es selbst dafür sorgen. Ist das deutlich?

Paris, 6. Dezember. Die letzten Worte der Rede, welche der Staatsminister Rouher in der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers gehalten hat, lauten folgendermaßen: Wir verlangen mit Festigkeit und Energie, daß die September-Konvention respektirt werde, nicht minder aber wollen wir auch die italienische Einheit achten und stärken. Wir verlangen, daß Italien sich in eine Existenz neben dem Papstthum finde; wir wollen jedoch keineswegs, daß ein Werk, welches durch unsere Siege zur Vollendung gebracht wurde, wieder verstümmelt werde. Das französische Volk will weder den Umsturz des Papstthums noch die Vernichtung der italienischen Einheit. Suchen wir Italien zu überzeugen, daß die Idee, Rom als Hauptstadt zu besitzen, nur eine unfruchtbare, daß sie ein künstlich eingebildetes Bedürfniß ist, daß die Erwerbung Roms für Italien einen verhängnißvollen Besitz bedingen würde. Italien hat vor Allem nöthig, sich zu konstituiren; es hat keinen Grund, darüber Furcht zu empfinden, daß in den Hallen von St. Petrus ein Greis zu Gott betet, denn die zum Gebet erhobenen Hände dieses Greises bringen Frieden in die beunruhigten Gewissen der katholischen Christen.

Paris, 6. Dezember. Die heutigen Abendblätter konstatiren die Wichtigkeit der gestrigen Erklärungen Rouher's und heben hervor, daß die Situation sich dadurch geklärt habe. Die „France" schreibt hierüber: Das erste Resultat der Erklärungen Rouher's wird darin bestehen, daß die Konferenz unnöthig gemacht wird. Die Römische Frage ist gelöst, wie es unsere Ehre und die Ruhe unseres religiösen Gewissens erforderte. Die „France" schließt ihren Artikel mit den Worten: Man weiß jetzt, was Frankreich will, und in einem Lande, wie das unsrige, ist eine Politik, welche sich befestigt, stets eine Politik des Triumphes.

Florenz, 3. Dezember. Hier sind 50 Personen aus politischen Gründen verhaftet worden. Eine Deputation der hiesigen Einwohner, unter denen sich Mauro Machi befand, begab sich zum Minister des Innern, um zu sehen, ob es möglich sei, ihre Freilassung zu erlangen. Dieser Schritt war nutzlos; sie erhielten die Antwort, man habe die Beweise in Händen, daß eine Verschwörung zu dem Zwecke angezettelt sei, die jetzige Regierung zu stürzen. Die Voruntersuchung dieses Prozesses sei von Seiten der Gerichte bereits begonnen.

— Man schreibt der „Sp. Z." aus Rom unterm 28. November: Die Kurie hat ihre unwandelbaren Anschauungen, welche sie auch auf der in Aussicht genommenen Konferenz in der römischen Frage versuchen wird zur Geltung zu bringen. Daß Kardinal Antonelli dem französischen Gesandten, Grafen Sartiges, die Theilnahme an der Konferenz zugesagt hat, kann ich bestätigen, aber diese Theilnahme hat mit der Lösung der eigentlichen Frage nichts zu thun. Der päpstliche Bevollmächtigte wird vielmehr, so versichert man in den Kreisen der Kurie, den Auftrag erhalten, in entschiedener Weise die Rechte der weltlichen Macht des Papstes zu entwickeln, ohne sich auf eine Widerlegung entgegenstehender Ansichten auch nur einzulassen. Wichtig für die Beurtheilung der Situation ist der Umstand, daß zum Bevollmächtigten des heiligen Stuhles Niemand anders, als der Staatssekretär Kardinal Antonelli ausersehen ist, um in seiner Person zugleich einen Vorsitzenden der Konferenz zu erhalten, über dessen Ergebenheit für den Papst kein Zweifel bestehe. Zur Ausübung dieser Funktion wird Kardinal Antonelli mit den Prärogativen eines Legatus a latere versehen werden und in dieser Eigenschaft die „majestätische Person" des Papstes selbst vertreten. Ein päpstliches Breve von 1750 räumte den Kardinalen den Vorrang vor den Botschaftern ein. An katholischen Höfen ist gegen diese Prätension des Vorrangs vor weltlichen Gesandten erster Klasse, namentlich seit Sixtus V., selten Widerspruch erhoben worden. Der päpstliche Legat wird also den Vorsitz in der Konferenz einnehmen, wenn das alte Ceremoniell daselbst in Geltung bleibt. Ein anderer Cardinal oder gleichgestellter Geistlicher ist bestimmt, den Legaten zu begleiten und unter Umständen als zweiter päpstlicher Gesandter und in Abwesenheit des ersteren zu fungiren.

Madrid, 5. Dezember. Die amtliche „Gazeta" kündigt die Vornahme neuer Reduktionen am Budget des Marineministeriums an. Die Königin Christine hat sich nach Aranjuez begeben. Der Erzherzog Ludwig Victor wird in Cordowa erwartet.

Petersburg, 2. Dezember. Gestern hat die Verlobung der Prinzessin Eugenia Maximilianowa Romanowska, zweiten Tochter des seligen Herzogs von Leuchtenberg und der Großfürstin Marie Nikolajewna, mit dem Prinzen Alexander Friedrich Konstantin von Oldenburg, zweitem Sohne des Prinzen Peter, stattgefunden. Der Bräutigam, geb. am 2. Juni 1844, ist Adjutant Sr. Majestät des Kaisers; die Braut ist am 1. April 1845 geb.

Belgrad, 6. Dezember. Das Journal „Vidovdan" bespricht die gestrige Kundgebung der offiziellen Zeitung und erklärt: Serbien ist selbst ein Wächter der Integrität der Pforte; keine wie immer geartete, dieser Integrität widersprechende Politik kann Serbiens Einwilligung erwarten, da wir die Integrität des ottomanischen Reiches nicht nur als die Grundlage des Friedens im Orient, sondern auch als Lebensbedingung unserer nationalen Existenz betrachten. Die Regierung wird durch solche Politik die erforderliche Konsolidirung Serbiens energisch verfolgen. — Ein österreichischer Post-Kourier ist vier Stunden hinter Belgrad erschossen worden.

Vermischtes.

Minden, 1. Dezember. Die Prüfung der einjährig Freiwilligen aus den Norddeutschen Bundesstaaten Lippe-Schaumburg und Lippe-Detmold hat hier Ende v. M. stattgefunden; es waren 30 körperlich wohlausgebildete 20jährige junge Leute erschienen, von denen aber 2 noch rechtzeitig austraten. Die Prüfungs-Kommission hatte die besondere Instruktion, gelinde mit den Examinanden zu verfahren. Und so geschah's denn auch. Von den 28 Examinanden hat man 14 zum einjährig Freiwilligendienst zugelassen, und der Rest, welcher nicht einmal ganz orthographisch schreiben konnte, mußte, trotz aller Nachsicht, abgewiesen werden. Einige Kuriositäten aus der Prüfung mögen hier angeführt werden. Der Verfasser eines Aufsatzes über einen Brand führt „als leicht entzündbare Stoffe Schwefelhölzer, Zunder und Feuersteine" an! Ein Anderer beschreibt einen Flühlingsmorgen: „Lämmer und Kühe hüpfen auf den Wiesen" u. s. w. Nun auch einige Beispiele aus dem mündlichen Examen: F.: Wie heißt die höchste Spitze von Europa? A.: Rußland. Welches Meer liegt zwischen Frankreich und England? Das Mittelländische. Wie heißt das Grenzgebirge zwischen Spanien und Frankreich? Die Appeninen. Wo liegt Konstantinopel? In Aegypten. Wo liegt Breslau? In Pommern an der Neisse. Wo liegt Hamburg? An der Weser. Wo entspringt die Ems? Im Riesengebirge und fließt in die Ostsee. Gegen wen führte Xerxes Krieg? Gegen die Türken. Giebt's auch Mohamedaner in Europa? Nein! Gar keine? Ja doch, so einige sechszig. Zu welcher Gattung von Kriegen gehört der dreißigjährige? Zu den bedeutenderen. Wer war Nero? Ein deutscher Kaiser. Kennen Sie noch einen deutschen Kaiser? Ja, Peter der Große. Gegen wen führte Peter der Große Krieg? Gegen Karl XII. Wer war Karl XII.? König von Italien. Wo ist Napoleon I. geboren? In Kalifornien. Welchen Krieg führte Friedrich II.? Den 7jährigen. Was eroberte er da? Frankreich. Frankreich? Nein, Norddeutschland. — — Wollen Sie mehr? Sie können ein ganzes Aktenheft bekommen. Zum Examen im Lateinischen, Französischen meldete sich Niemand, für's Englische Einer, — aber wie?! Arithmetik, Algebra? Nein, in Brüchen haben wir nicht gerechnet!!! Nie hat die Prüfungs-Kommission so viel spaßige Antworten erhalten, als bei der ebengedachten Prüfung. In den Vaterländern, welche diese Examinanden hervorgebracht haben, muß denn doch — Etwas faul sein.

Pommern.

Stettin, 7. Dezember. In den nächsten Tagen wird hier Herr Gustav Jankewitz, Artist des Warschauer Konservatoriums, ein Orgel-Conzert geben. Der Beifall, welcher seinen Conzerten in Waschau, Danzig, Königsberg, in den größten Städten Rußlands und in Berlin gezollt worden ist, so wie die Anerkennung, welche dem Virtuosen von den hervorragendsten musikalischen Autoritäten, wie Louis Köhler in Königsberg, Musikdirektor Markull in Danzig u. Anderen zu Theil wurde, bürgen für die trefflichen Leistungen des Künstlers. — Das Programm des Herrn Jankwitz enthält vorwiegend klassische Nummern und wird dessen Conzert von geschätzten musikalischen Kräften unterstützt werden. Wir verfehlen daher nicht, auf diesen musikalischen Genuß aufmerksam zu machen.

— In Betreff der Farbe des Lederzeugs der Provinzial-Landwehr-Bataillone haben Se. Majestät der König durch Allerhöchste Kabinets-Ordre de dato Berlin, den 22. November zu bestimmen geruht, daß die ersten Bataillone der Provinzial-Landwehr-Infanterie-Regimenter weißes, dagegen die zweiten Bataillone, sowie die Reserve-Landwehr-Bataillone schwarzes Lederzeug tragen sollen.

— In den letzten Tagen des verflossenen Monats sind dem Bollinchen Nr. 7 wohnhaften Handelsmann Bernstein aus einem verschlossenen Bretterschuppen cirka 3 bis 4 Zentner altes Nutzeisen gestohlen worden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 6. Dezember, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Aries, Gustke; Georgine, Klingenberg von Saßnitz. Anna, Bleckert von Cardiff; löscht in Swinemünde. Wind: N. Revier $15\frac{10}{12}$ F. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Dezember. Witterung: trübe und feucht. Temperatur + 0° R. Wind: N.

Weizen etwas niedriger, per 2125 Pfd. loco nach Qual. gelber ungarischer 86—89 Rt. bez., feiner 90—91 Rt. bez., geringer 80—85 Rt. bez., inländischer gelber 94—97 Rt. bez., bunter polnischer 93—96 Rt. bez., Dezember 94 Rt. Br., Frühjahr 95, 94½, 95¼, 95 Rt. bez.

Roggen matt und etwas niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 70—73 Rt. bez., besserer und ungarischer 73½, 75 Rt. bez., Dezember 73¾, ½ Rt. bez. u. Br., Frühjahr 72¾, ½ Rt. bez. u. Br.

Gerste per 1750 Pfd. loco Oderbruch 51¾ Rt. bez., märkische 51½, 52 Rt. bez., mährische und schlesische 53—54 Rt. bez.

Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34½—35 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 36 Rt. bez.

Erbsen loco 2250 Pfd. 64—67 Rt. bez.

Rappkuchen loco hiesige 2 Rt. 6 Sgr. bez., fremde frei Bahn 2 Rt. 5½ Sgr. bez.

Rüböl wenig verändert, loco 10⅓ Rt. Br., 10¼ Rt. bez., Dezember 10⅙ Rt. Br., 1/12 Rt. Gd., April-Mai 10⅚ Rt. Br., ¾ Gd.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 20¼ Rt. bez., Kleinigkeiten 20⅓ Rt. bez., Dezember und Dezember-Januar 20 Rt. Gd., Januar-Februar 20⅙ Rt. Br., Frühjahr 21 Rt. Br.

Regulirungs-Preise: Weizen 95, Roggen 73½, Rüböl 10⅙, Spiritus 20.

Landmarkt.

Weizen 88—97 Rt., Roggen 70—73 Rt., Gerste 47—51 Rt., Erbsen 64—68 Rt. per 25 Scheffel Hafer 33—36 Rt. pr. 26 Scheffel, Stroh 7—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15—17 Rt.

Breslau, 6. Dezember. Spiritus per 8000 Tralles 19⅔. Weizen pr. Dezember 88 Br. Roggen pr. Dezember 69½, pr. Frühjahr 69½. Rüböl pr. Dezember 10¼, per Frühjahr 10½. Raps pr. Dezember 92½. Zink ohne Umsatz.

Hamburg, 6. Dezember. Getreidemarkt. Loco-Getreide bei besserer Tendenz beschränkter Umsatz. Termine fester, aber ruhig. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 167 Bankothaler Br., 166½ Gd., pr. Dezember-Januar 166½ Br., 166 Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 134 Br. u. Gd., pr. Dezember-Januar 133 Br., 132½ Gd. Hafer etwas fester. Rüböl stille, loco 22¼, per Mai 23¼. Spiritus geschäftslos. Kaffee behauptet. Zink geschäftslos.

Amsterdam, 6. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreide unverändert still. Roggen per März 307½, per Mai 306½. Raps per Dezember 71½, per Mai 71½. Rüböl per Dezember 37, per Mai 38.